

Mehr Afrika – mit mehr UN

Deutschland schöpft seine Möglichkeiten zur Krisenprävention nicht aus

Ekkehard Griep

Afrika ist für die Vereinten Nationen schon seit Jahrzehnten ein wichtiger Partner. Stand die Kooperation in den sechziger Jahren unter dem Vorzeichen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, weitete sie sich später auf Wissenschaft und Kultur, nach dem Ende des Kalten Krieges allmählich auch auf Fragen des Krisenmanagements aus. Die Fehlschläge internationalen Engagements in Somalia (1992/1993) und Ruanda (1994) waren dann eher dazu angetan, überzogene Erwartungen zu dämpfen. Als im Jahr 2001 die Afrikanische Union (AU) aus der Organisation für Afrikanische Einheit hervorging, eröffnete dies neue Chancen für die Kooperation mit den UN. Heute ist die Weltorganisation in Afrika neben zahlreichen länderbezogenen Aktivitäten institutionell vor allem in Addis Abeba (UNECA) und Nairobi (UNEP) sichtbar. Friedens- und sicherheitspolitisch ist kein internationaler Akteur mit mehr Personal in Afrika präsent als die Vereinten Nationen.

Dass Afrika bis auf Weiteres der Unterstützung bedarf, spiegelt sich in der weitreichenden Kooperationsvereinbarung zwischen AU und UN vom November 2006. Hier verpflichten sich die UN in einem ehrgeizigen Zehn-Jahres-Programm zur vielfältigen Unterstützung des Kapazitätsaufbaus auf dem afrikanischen Kontinent. Reichen Herausforderungen über die Zusammenarbeit zwischen UN-Sekretariat und AU-Kommission hinaus, wird schnell deutlich, dass die UN aber auch auf die Unterstützung durch ihre Mitgliedstaaten angewiesen sind. Neben freiwilligen Beiträgen an UN-Programme und -Fonds zeigt sich das vor allem bei Maßnahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements.

Auch auf der deutschen Agenda scheint Afrika weiter nach vorn zu rücken. Der Appell des Bundespräsidenten zur verstärkten Übernahme internationaler Verantwortung, die Skizze einer aktive(re)n Außenpolitik durch den Außenminister und die explizite Afrika-Themensetzung der Verteidigungsministerin lassen dies jedenfalls erwarten.

Dass Deutschland aber trotz mancher wertvoller Beiträge seine Möglichkeiten zur Krisenprävention und Friedenssicherung in Afrika bisher nicht ausschöpft, zeigt sich besonders bei den UN-Friedensmissionen. Von den derzeit weltweit 16 UN-Missionen unter dem Mandat des Sicherheitsrats befindet sich allein die Hälfte in Afrika – unter anderem, um fragile Staaten abzusichern, inter-ethnischer Gewalt vorzubeugen und Binnenvertriebene zu schützen. Die mehr als 92 000 Frauen und Männer in den dortigen UN-Missionen (darunter die größten in Kongo, Darfur/Sudan, der Côte d'Ivoire und in Südsudan) entsprechen fast 80 Prozent aller UN-Peacekeeper weltweit. Afrika ist eindeutig der Schwerpunkt

der UN-Friedenssicherung – und dürfte es auf absehbare Zeit bleiben. Im April 2014 hat der UN-Sicherheitsrat angesichts des Staatszerfalls in der Zentralafrikanischen Republik eine weitere Friedensmission beschlossen.

Vor diesem Hintergrund wirkt die deutsche Beteiligung an UN-Missionen deutlich unterambitioniert. Die insgesamt 24 deutschen Polizeibeamten in UN-Missionen entsprechen weniger als 0,2 Prozent (von weltweit 13 000), die 239 deutschen Soldaten in UN-Missionen sind weniger als 0,3 Prozent (von weltweit 85 000). Neben einigen Dutzend in UN-Missionen engagierten zivilen Expertinnen und Experten aus Deutschland besteht also erhebliches Entwicklungspotenzial.

Zahlen sind nicht alles. Doch ganz ohne Relevanz ist der deutsche Anteil in der UN-Friedenssicherung nicht – immerhin einem der weltweit sichtbarsten Handlungsfelder der Vereinten Nationen. Auch personelle Präsenz vor Ort zeigt internationale Mitverantwortung. Und wäre es angesichts des bevorstehenden Rückzugs aus Afghanistan nicht sinnvoll, darüber nachzudenken, die deutschen Beiträge im Rahmen von NATO, EU und UN neu auszutarieren? Schließlich brächte ein stärkeres Engagement in UN-Missionen auch Vorteile mit sich: Wer mitmacht, kann mitgestalten – von der Prägung der Mandate bis zur politischen Begleitung nationaler Friedensprozesse.

Dabei lassen sich auch Missverständnisse ausräumen. Beispiel 1: UN-Missionen ersetzen keine afrikanische Eigenverantwortung (African ownership), sondern wollen sie möglichst frühzeitig ermöglichen. Sie überbrücken Zeit, können aber weder politische Prozesse in Krisenländern noch nationale Verantwortung ersetzen. Beispiel 2: UN-Missionen sind keine reinen Militäreinsätze, sondern übernehmen meist auch weitreichende Aufgaben im polizeilichen und vor allem im zivilen Bereich. Das ist realitätsnah und entspricht dem umfassenden, vernetzten Ansatz deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik. Wirkungsvolles Krisenmanagement braucht alle Instrumente: maßgeschneidert und glaubwürdig.

Wer Frieden und Sicherheit in Afrika fördern will, dem bietet sich mit den modernen, mehrdimensionalen UN-Friedensmissionen ein weites Handlungsfeld. Hier könnte Deutschland tatsächlich mehr tun. Das wäre gut für Afrika, stärkte die Vereinten Nationen als multilateralen Akteur und wäre so auch ein Zeichen für gelernte Lektionen – 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda. Und: Für die deutschen Sicherheitsrats-Ambitionen, die der aktuelle Koalitionsvertrag enthält, wäre ein markanteres deutsches Profil in der UN-Friedenssicherung gewiss nicht hinderlich.



Dr. Ekkehard Griep, geb. 1960, ist stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). Er war EU-Wahlbeobachter in der Demokratischen Republik Kongo und hat verschiedene DGVN-Studienreisen nach Afrika (Liberia, Sudan/Südsudan, Côte d'Ivoire, Marokko/Westsahara/Algerien) geleitet.